

04.06.2016: Klarheit bei der Organspende

Zum "Tag der Organspende" am 04. Juni erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach:

"Das Wichtigste ist, dass für die Ärzte und Angehörigen Klarheit darüber besteht, wie Betroffene zur Organspende steht", betonte der Abgeordnete Gerold Reichenbach, der auch selbst einen Organspendeausweis bei sich trägt. "Jeder sollte sich Gedanken machen und seinen Willen auf einem Organspendeausweis bekunden." Nach Erhebungen der Deutschen Stiftung Organspende (DSO) kann nur bei ca. 40% der Fälle auf einen vorher bekundeten Willen des potentiellen Spenders zurückgegriffen werden. Häufiger muss der Wille vermutet Anaehöriae werden oder gefragt werden. Bei Ablehnung der Organspende

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB Bundestag Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544 11011 Berlin Tel. +49 30 227 72150 Fax: +49 30 227 76156

Mail:

gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage: http://www.geroldreichenbach.de

Redaktion:

Eva Kallweit

V.i.S.d.P.: Gerold Reichenbach, MdB

02.06.2016: Unwetter in Deutschland: Folgen des Klimawandels ernst nehmen

Gerold Reichenbach, zuständiger Berichterstatter: Die SPD-Bundestagsfraktion fühlt mit betroffenen Opfern der den Unwetterkatastrophen der vergangenen Tage. Klimatologen berichten übereinstimmend. dass Zukunft verstärkt Extremwetterereignissen zu rechnen ist.

"Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren für den Ausbau unseres Hilfeleistungssystems und die Unterstützung für die haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ein. Wir haben uns gegen alle Einsparungen bei der Bundesausstattung für die Feuerwehren und Hilfsorganisationen eingesetzt und den Etat des Technischen Hilfswerks (THW) signifikant erhöht.

Die großen Schäden, die die Unwetter in weiten Teilen Deutschlands angerichtet haben, machen deutlich, dass wir unsere Anstrengungen zur Abwehr des Klimawandels verstärken müssen. Dazu gehört, dass wir die Bemühungen die Klimaziele zu erreichen ausweiten. Außerdem müssen wir uns intensiver vorbereiten, wie Städte und Gemeinden vor Hochwasser und Unwettern geschützt werden können.

Den eingeschlagenen Weg werden wir konsequent weiterverfolgen. Nicht zuletzt sind wir dies dem Engagement der Ehrenamtlichen schuldig, die besonders in diesen Tagen in den betroffenen Regionen in unermüdlichem Einsatz zur Hilfe stehen. Unser Dank gilt allen Feuerwehren, dem THW und den anderen Hilfsdiensten."

<u>02.06.2016: Die Integration der Flüchtlinge muss gelingen – deshalb mehr Geld für Deutsch- und Integrationslehrer</u>

"Ich bin sehr froh, dass wir Sozialdemokraten eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen durchgesetzt haben", erklärt der Abgeordnete Gerold Reichenbach:

"Die Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen leisten einen elementaren Beitrag zum Gelingen der Integration von Flüchtlingen. Nur wenn wir sie angemessen bezahlen, werden wir auch ausreichend Personal zur Bewältigung diese Aufgabe gewinnen. Aus diesem Grund haben wir jetzt mit einem Beschluss im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Mindestvergütung von 35 Euro pro Stunde sichergestellt.

In diesem Jahr müssen wir mehr als doppelt so viele Sprach- und Integrationskurse als im letzten Jahr bereitstellen. Schon jetzt fehlt es hierfür an qualifizierten Lehrkräften. Diesem Mangel können wir nur begegnen, wenn wir die Lehrkräftevergütung deutlich verbessern und damit angemessene und motivierende Gehälter zahlen. Hierfür haben wir uns schon seit langem eingesetzt.

geht dies sogar zu 32% auf den Willen der Angehörigen zurück. "Nach wie vor ist die Bereitschaft zur Organspende sehr gering. Das bedaure ich sehr", führte Gerold Reichenbach weiter aus. "Gleichzeitig ist es verständlich, dass nach dem Skandal von 2010 und 2011 Vertrauen nur langsam wieder aufgebaut wird. Wir setzen ietzt mit dem Transplantationsregistergesetz einen weiteren Baustein, um in Zukunft eine stärkere Koordinierung und damit auch Kontrolle im gesamten Bundesgebiet über die Organe und Spender, Empfänger zu erhalten." Die Zahl der Organspender ist auf einen 2015 Tiefstand gesunken. Waren es 2009 noch 14,9 Spender pro Million Einwohner, sank diese Zahl 2015 auf nur noch 10,7.

Der Tag der Organspende findet seit 1983 jährlich am ersten Samstag im Juni statt, für das Thema 7U sensibilisieren und mehr Menschen auf die Möglichkeit eines Spendeausweises aufmerksam zu machen. Ausweise zum Download gibt es unter https://www.organspendeinfo.de/organspendeausweis/ erstellen .

19.05.2016: SPD-Fraktion begrüßt Einigung im EU-Ministerrat auf IT-Sicherheitsrichtlinie

Der EU-Ministerrat hat sich auf eine neue Richtlinie Netzwerk- und Informationssicherheit (sogenannte NIS-Richtlinie) geeinigt. Mit dem von der großen Koalition schon im letzten Sommer verabschiedeten IT-Sicherheitsgesetz hat Deutschland bereits einen ersten großen Schritt in Richtung Umsetzung der Richtlinie vorgenommen. Die Richtlinie soll vermutlich im August 2016 in Kraft treten. "Deutschland marschiert in Sachen IT-Sicherheit in Europa mit an der Spitze. Wir haben im letzten Sommer

Dieser Einsatz hat sich jetzt bezahlt gemacht. Wir konnten mit dem Koalitionspartner einen Beschluss im Haushaltsauschuss herbeiführen, der das Bundesinnenministerium ermächtigt, den Kostenerstattungssatz für die Integrationskurse auf bis zu 4,00 Euro pro Teilnehmer und Unterrichtseinheit zu erhöhen. Mit diesem erhöhtem Kostenerstattungssatz wollen wir eine Mindestvergütung der Lehrer von 35 Euro pro Unterrichtseinheit garantieren.

Das Innenministerium muss in Zukunft sicherstellen, dass die entsprechenden Anbieter der Kurse diese Mindestvergütung auch an die auszahlen. Um eine effiziente Aufgabenerledigung in diesem wichtigen Teilbereich der Integration zu erreichen, fordern wir die Bundesregierung auf, eine wirkungsvolle Gesamtstrategie für die verschiedenen Maßnahmen Sprachförderung zu entwickeln und fortlaufend deren Wirksamkeit zu überprüfen. Integration fängt beim Erlernen der Sprache an und kann nur gelingen, wenn wir dafür gute Lehrerinnen und Lehrer bereitstellen."

20.05.2016: Reichenbach freut sich über Millionen für Städtebauförderung

Anlässlich des morgen stattfindenden bundesweiten "Tages der Städtebauförderung" freut sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach über die aktuellen Zahlen aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Insgesamt gut 1,53 Millionen Euro Bundesmittel sind alleine im vergangenen Jahr für Vorhaben der sozialen Städtebauförderung nach Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Kelsterbach, Mörfelden-Walldorf und Rüsselsheim am Main geflossen. So wurde beispielsweise vergangenes Jahr der Umbau des Ortskerns Ginsheim mit 78.500 Euro gefördert. Seit dem Start der Städtebauförderung im Jahr 1971 konnten sich die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau über mehr als 16 Millionen Euro freuen. Größter Empfänger von Mitteln der Städtebauförderung ist mit rund 6,85 Millionen Euro die Stadt Rüsselsheim am Main, wo vor allem Projekte in der Innenstadt und im Dicken Busch II finanziert wurden.

"Gerade in den Zeiten der Zuwanderung von Flüchtlingen sind die geförderten Projekte sehr wichtig. Sozialer Städtebau ist ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Integration und eine nachhaltige Bewältigung des demografischen und ökonomischen Wandels", so Reichenbach. Die konsequente Weiterführung der Städtebauförderung sei mit einer Aufstockung der Mittel im Bundeshaushalt um 300 Millionen Euro gesichert.

17.05.2016: Reichenbach empfängt Besuchergruppe in Berlin

Rund 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Groß-Gerau sind Ende April der Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerold Reichenbach nach Berlin gefolgt. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren unter anderem Gewinner des Deutschen Bürgerpreises, der Wohnungslosenhilfe "Haus Sankt Martin am Autoberg" Hattersheim sowie Mitglieder der SPD.

Im Rahmen einer politischen Informationsfahrt konnten sie dabei Veranstaltungen zur Politik und Gesellschaft während der Deutschen Teilung sowie Programmpunkte zum aktuellen politischen Geschehen in der Hauptstadt genießen. Das Programm startete mit einer Führung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi. Von Zeitzeugen geführt informierte sich die Gruppe über die kommunistische Gewaltherrschaft in der DDR, die sich in Hohenschönhausen durch die Gefangenschaft von politischen Häftlingen sowie physischer und psychischer Folter ausdrückte.

ein solides Gesetz geschaffen, das sich in die jetzt vom europäischen Ministerrat mitgetragene Europäische Richtlinie einpasst.

Die in Europa stark umstrittene Meldepflicht, die nun mit aufgenommen wurde, war für uns auch beim IT-Sicherheitsgesetz ein zentraler nicht verhandelbarer Baustein. Auch wir haben in Erwartung der europäischen NIS-Richtlinie einen kooperativen Ansatz gewählt und binden bei der Umsetzung der IT-Sicherheit die betroffene Wirtschaft mit ein. Gleichzeitig haben wir die Möglichkeiten bußgeldbewehrter Sanktionen geschaffen, wenn Betreiber so genannter Kritischer Infraihre strukturen Verpflichtungen nicht einhalten und etwa gegen die Pflicht zur Meldung erheblicher Störungen verstoßen. Dass wir mit diesem Ansatz im IT-Sicherheitsgesetz richtig lagen, bestätigt uns nun die Entscheidung des EU-Ministerrates. Wir gehen davon aus, nun auch dass das Europäische Parlament dem Richtlinien-entwurf zustimmen und die Richtlinie noch dieses Jahr in Kraft treten wird. Noch etwa notwendige Anpassungen unseres IT-Sicherheitsgesetzes werden wir dabei zügig in Angriff nehmen müssen."

<u>12.05.2016: SPD stärkt</u> <u>Pflege</u>

Seit 1967 wird jährlich am 12. Mai der "Tag der Pflege" begangen. Anlässlich dieses Gedenktages erklärt der Bundestagsabgeordnete Reichenbach:

Die Koalition hat in der bisherigen Regierungszeit viel getan, um die Pflege an sich zu stärken. So hat die SPD in der Koalition das erste Pflegestärkungsgesetz durchgesetzt, welches das Leistungsspektrum der gesetzlichen Pflegeversicherung deutlich ausweitet. Ca. 2,7 Millionen

Neben der Besichtigung des Plenarsaals im Reichstagsgebäude hatte die Gruppe im Anschluss Gelegenheit, in einem Gespräch mit Gerold Reichenbach mehr über dessen Arbeit zu erfahren und individuelle politische Fragestellungen zu erörtern. Ein besonderes Anliegen war der Besuch beim Technischen Hilfswerk. Gerold Reichenbach ließ es sich als Landesvorsitzender der THW-Vereinigung Hessen nicht nehmen, die Gruppe nach Charlottenburg zu begleiten und persönlich über die Arbeit des THW und die eigenen Erfahrungen zu berichten. Mit Führungen im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schöneweide sowie im Jüdischen Museum Berlin schloss die Gruppe die viertägige Reise ab.

"Das vielfältige Programm hat uns gezeigt, wie der Berliner Politikbetrieb funktioniert. Es war darüber hinaus beeindruckend zu sehen, wie bewusst und aufarbeitend in Berlin mit der Deutschen Geschichte umgegangen wird. An Einigkeit, Gleichheit und Toleranz zu erinnern ist gerade heutzutage immens wichtig", so ein Teilnehmer zum Ende der Reise.

Die politischen Informationsfahrten sollen den Teilnehmern die Geschichte Deutschlands und die Abläufe des Bundestages näher bringen. Drei Mal im Jahr kann jeder Bundestagsabgeordnete 50 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einer politischen Informationsfahrt nach Berlin einladen.



© Arge GF-BT GbR, Bundespresseamt

17.05.2016: Ab sofort für ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms bewerben / MdB Gerold Reichenbach unterstützt Gastfamiliensuche

Für Rojin Zirig aus Raunheim beginnt im August die vielleicht spannendste Zeit ihres Lebens: Sie geht für ein Schuljahr in die USA – mit einem gemeinsamen Stipendium des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA. MdB Gerold Reichenbach hat für Rojin Zirig die Patenschaft übernommen. Das Parlamentarische Patenschafts-Programm fördert bereits seit über 30 Jahren den transatlantischen Austausch. Seit Anfang Mai kann man sich für das Austauschjahr 2017-18 bewerben.

Teil des Austausches ist, dass die Stipendiaten als "Junior-Botschafter" ihres Landes fungieren. "Das Programm lebt von den jungen Menschen, die hautnah eine andere Kultur erleben und gleichzeitig ein Stück ihrer eigenen Kultur vermitteln. Ebenso aber auch von den Gastfamilien in den USA und Deutschland, die für einen Stipendiaten ihr Zuhause öffnen", sagt MdB Gerold Reichenbach.

Pflegedürftige in Deutschland erhalten dadurch seit dem 1.1.2015 mehr Leistungen. In der ambulanten Pflege wurden die Leistungen um rund 1,4 Mrd. Euro erhöht, für die stationäre Pflege um ca. 1 Mrd. Euro. Pflegende Angehörige werden besser entlastet, indem die Unterstützungsangebote für die Pflege zu Hause ausgeweitet wurden, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pfleaeeinrichtungen erhöhte sich deutlich. Zusätzlich wurde ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet.

dem Pflegestärkungs-Mit gesetz II wurde die umfassendste Änderung der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1995 vorgenommen. Die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Damit wird der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt. An Demenz erkrankte Menschen etwa bekommen nun erstmals auch Unterstützung. Mit der Reform haben alle den gleichen Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Entscheidend ist lediglich, wie sehr Selbstständigkeit tatsächlich eingeschränkt ist. Sichergestellt ist, dass niemand mit der Umstellung schlechter gestellt werden kann - viele aber besser. Zudem müssen Menschen, die im Heim gepflegt werden, künftig keine Steigerung des pflegebeding-Eigenanteils befürchten.

Auch 2016 möchten wir die Pflege weiter stärken und mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz die Rolle der Kommunen sowie die Pflegeberatung vor Ort deutlich stärken. Mit dem Reformgesetz der Pflegeberufe wollen wir den Pflegeberuf deutlich attraktiver machen und mehr Menschen für dieses so wichtige Berufsfeld gewinnen.

Deshalb unterstützt er die gemeinnützige Austauschorganisation Experiment e.V. dabei, neugierige Gastfamilien zu finden, die ab Anfang September eine/n US-amerikanische/n Schüler/in bei sich aufnehmen. Der interkulturelle Austausch ist für alle Beteiligten eine aufregende Zeit und ein unvergessliches Erlebnis. Wichtig sind Humor, Neugier und Toleranz sowie die Bereitschaft, den Gast als "Familienmitglied auf Zeit" aufzunehmen – mit allen Rechten und Pflichten.

Wer Interesse hat, Gastfamilie zu werden, kann sich direkt an die Bundesgeschäftsstelle von Experiment e.V. in Bonn wenden. Ansprechpartner ist Matthias Lichan (Tel.: 0228 95722-21, Mail: lichan@experiment-ev.de). Wer sich als Schüler/in für ein Austauschjahr in den USA bewerben möchte, wendet sich an Sabine Stedtfeld (Tel.: 0228 95722-15, stedtfeld@experiment-ev.de). Weitere Informationen zum Parlamentarischen Patenschafts-Programm gibt es auf www.bundestag.de/ppp und www.experiment-ev.de.

02.05.2016: Bundesweiter EU-Projekttag am 2. Mai 2016 - Reichenbach diskutiert mit Schülerinnen und Schülern im Wahlkreis

Am 2. Mai 2016 nimmt der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach am EU-Projekttag teil. Seit 2007 besuchen an diesem Tag viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die Bundeskanzlerin, viele Bundesminister und Ministerpräsidenten in ganz Deutschland Schulen, um Jugendlichen den Europagedanken näher zu bringen.



Gerold Reichenbach, MdB, in der Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der Gustav-Heinemann-Schule.

"Die EU nimmt einen immer größeren Stellenwert in unserem alltäglichen Leben ein. Deshalb ist es besonders wichtig, mit Jugendlichen über die Bedeutung unserer Gemeinschaft zu sprechen sowie über Möglichkeiten und Chancen für junge Menschen in Europa zu informieren", so Reichenbach.

Gerold Reichenbach besucht am 2. Mai die Gustav-Heinemann-Schule in Rüsselsheim und die Luise-Büchner-Schule in Groß-Gerau, um dort mit rund 300 Schülerinnen und Schülern über die EU zu diskutieren und sie für die europäische Idee zu begeistern. Der Projekttag bietet die Gelegenheit sich mit den Errungenschaften der europäischen Einigung und den aktuellen Herausforderungen in Europa vertieft auseinander zu setzen.